

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 36 (1957)
Heft: 4

Artikel: Der Aufstieg der Sozialdemokratie im Kanton Aargau
Autor: Schmid, Arthur
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336988>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Aufstieg der Sozialdemokratie im Kanton Aargau

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Aargau war zu Beginn dieses Jahrhunderts schwach. Ihr gehörten vor allem eine große Zahl von Grütlivereinen an. Andere lokale Organisationen trugen den Namen «Arbeiterverein», wieder andere «Sozialdemokratische Partei».

Die Mitglieder dieser lokalen Organisationen waren im großen und ganzen aktiv. Ihnen zur Seite standen aktive Gewerkschafter, die meistens Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei waren, und auch die aktiven Konsumgenossenschaftler fühlten sich als Sozialdemokraten. Man wußte, daß man sich durch die politische Tätigkeit als Sozialdemokrat wirtschaftlichen Repressalien aussetzte. So wurden beispielsweise Genossen, die als aktive Sozialdemokraten bekannt waren, nicht ohne weiteres in den Betrieben angestellt. Manche kamen auf die «Schwarze Liste».

Dennoch waren die meisten Sozialdemokraten der damaligen Zeit zuversichtlich und sehr opferwillig. Sie verrichteten ihre Arbeit unermüdlich und versuchten vor allem durch die Lektüre von sozialdemokratischen Zeitungen, Broschüren und Büchern, ihr sozialistisches und politisches Wissen zu mehren. Entscheidend war der Geist, der die Genossen beseelte.

Sie benutzten jede Gelegenheit, um bei Wahlen ihre Kandidaten aufzustellen und für diese eine rege Agitation, vor allem auch Hausagitation, zu entfalten.

Die Wahlen fanden nach dem *Mehrheitswahlverfahren* statt. Man mußte also das absolute Mehr im ersten Wahlgang erreichen, wenn ein Kandidat gewählt werden sollte. Meistens konnten sozialdemokratische Kandidaten nur gewählt werden, wenn sie auch aus andern Kreisen Stimmen erhielten. Manche von ihnen wurden im zweiten oder dritten Wahlgang mit dem relativen Mehr gewählt.

Selbstverständlich setzte sich die Sozialdemokratische Partei und auch die Katholischkonservative Partei für die *Einführung des Proporz* ein. Beide Parteien waren ja im Großen Rat in Minderheit. Im aargauischen Großen Rat bestand damals eine sichere freisinnige Mehrheit. Von der Freisinnigen Partei trennte sich zu einer gewissen Zeit die sogenannte Rhein-Kreispartei ab, die aber auch freisinnig war.

Es gelang den Sozialdemokraten auch, in einzelnen Gemeinden Sitze im Gemeinderat zu erkämpfen.

Der aargauische Große Rat wurde damals in 50 *Wahlkreisen* nach dem Mehrheitswahlverfahren gewählt. Auch in einzelnen Wahlkreisen erkämpfte die Sozialdemokratische Partei eine Vertretung.

Nach dem Ersten Weltkrieg trennte sich von der Freisinnigen Partei die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, die nun eine eigene politische Partei bildete. Für die Sozialdemokratische Partei entstand eine große Schwierigkeit dadurch, daß kurz nach dem Ersten Weltkrieg eine Kommunistische Partei der Schweiz gegründet wurde, die auch im Kanton Aargau einige Sektionen bilden konnte. Diese Entwicklung ging auf Kosten der sozialdemokratischen Parteigruppen der betreffenden Gemeinden.

Am 5. September 1920 wurde ein Verfassungsartikel auf Grund eines Initiativbegehrens, das schon vor dem Ersten Weltkrieg zustande gekommen war, mit 24 788 Ja gegen 20 196 Nein angenommen. Zur Ausführung dieses Verfassungsgrundsatzes wurde am 13. März 1921 ein Gesetz betreffend die Verhältniswahl des Großen Rates mit 24 624 Ja gegen 19 745 Nein angenommen. Es enthielt das Listenstimmverfahren und hob die bisherigen 50 Wahlkreise auf. An ihre Stelle traten als Wahlkreise die Bezirke.

Noch im Jahre 1921 fanden die Großratswahlen nach dem Proporzverfahren statt. Hier zeigte es sich zum erstenmal, daß die Sozialdemokratische Partei die stärkste Partei im Kanton Aargau war. Sie erhielt *13 755 Listenstimmen*, währenddem die Freisinnige Partei nur 11 123 Listenstimmen bekam. Tatsächlich erhielten damals sowohl die Katholischkonservative Partei als auch die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei mehr Stimmen als die Freisinnigen.

Trotz schweren Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit gelang es der Sozialdemokratischen Partei, ihre Wählerzahl zu vermehren. Besonders in den dreißiger Jahren und während des Zweiten Weltkrieges hatte die Sozialdemokratische Partei schwer zu kämpfen. Bei der Entwicklung, die sich angebahnt hatte, bildeten sich auch kleinere Splitterparteien; so trat im Jahre 1937 auch die «Nationale Front» in den Wahlkampf ein und erzielte 826 Listenstimmen. Seit 1937 beteiligte sich auch der «Landesring der Unabhängigen» an den Großratswahlen. Ebenso die Jungbauern. Der Landesring der Unabhängigen hat seine Stimmenzahlen in den folgenden Wahlen verbessert; währenddem seit 1941 die Jungbauern einen ständigen Rückgang aufzuweisen haben.

Bei den Großratswahlen vom 24. März 1957 erreichte die *Sozialdemokratische Partei eine Stimmenzahl von 26 312*. Wenn man sie mit der Stimmenzahl des Jahres 1921 vergleicht, so entspricht sie nicht ganz einer Verdoppelung der damals erreichten Stimmenzahl. Auch die *Katholischkonservative Partei* hat ihre Stimmenzahl seit 1921 gesteigert. Sie betrug 1957 17 049 Stimmen und war gegenüber 1953 um sieben Listenstimmen kleiner. Die *Freisinnigen* haben ihre Stimmenzahl gegenüber 1921 ebenfalls vermehrt. Sie betrug im Jahre 1957: 16 145. Dagegen hat die *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* gegenüber 1921 keine Fortschritte zu verzeichnen. Ihre Stimmenzahl betrug 1921 11 810 und 1957 11 234.

Wenn eine Partei eine gewisse Stärke erreicht hat, dann ist es in der Regel nicht leicht, die Stimmenzahlen zu erhöhen. Das hat sich vor allem im Jahre 1957 bei der Katholischkonservativen Partei, der stärksten bürgerlichen Partei, gezeigt. Daß es den Sozialdemokraten, trotzdem sie um fast 9000 Stimmen stärker ist als die Katholischkonservative Partei, gelang, ihre Wählerzahl um rund 550 zu steigern, ist bemerkenswert.

Aber man darf nie vergessen, daß die Hochkonjunktur auch bei der Arbeiterschaft und die Entwicklung, die die Arbeiterbewegung genommen hat, nicht leicht ist, die Stimmenzahlen zu erhöhen. Es gibt leider auch in den Kreisen der Arbeiterschaft viele, die sich seit der bald 20 Jahre dauernden Hochkonjunktur wenig mehr um politische Frage bekümmern. Gewerkschaftliche Kämpfe müssen sie meistens auch nicht führen. Es ist interessant, daß viele junge Leute sich um politische Fragen weniger interessieren als früher. Sie haben viele Möglichkeiten, sich auf anderen Gebieten des Lebens – denken wir nur an den Sport – zu betätigen. Das Radio hat sehr stark in das politische Geschehen eingegriffen. Je mehr die Radioprogramme ausgebaut worden sind, um so mehr Leute gibt es, die unter Umständen an Sitzungen und Versammlungen wegen bestimmter Darbietungen des Radios fehlen.

Man darf diese Entwicklung bei der Aufklärung nicht übersehen. Aber man darf auch nicht vergessen, daß die parteipolitische Schulung der Sozialdemokraten von größter Wichtigkeit ist und daß die *Aktivität des einzelnen* durch keine Flugblätter und keine Plakate ersetzt werden kann. Wenn die Leute in sich die Verpflichtung fühlen, am politischen Leben teilzunehmen, dann ist das weitaus wichtiger als alles andere. Je mehr sie farblose, sogenannte neutrale Zeitungen lesen oder bürgerliche Zeitungen aus irgendeinem Grunde abonniert haben und die sozialdemokratische Presse nicht lesen, um so schwerer ist es, sie in Wahl- und Abstimmungszeiten für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Es ist sicher, daß die vor Jahrzehnten geübte und ausgebauten *Hausagitation*, die von Leuten mit sozialistischer Überzeugung geführt wurde und an der sie Gefallen fanden, durch nichts anderes ersetzt werden kann.

Ich habe letzthin einen alten Gewerkschafter getroffen, dem das Gehen Mühe macht. Wir haben miteinander über verschiedene Fragen persönlicher und allgemeiner Art gesprochen. Interessant war, daß er am Schlusse des Gespräches, ohne daß wir ein Wort von den Großratswahlen vom 24. März 1957 verloren hatten, erklärte: «Mit Rücksicht auf mein beschwerliches Gehen nehme ich fast an keinen Abstimmungen mehr teil; aber am 24. März, bei den Großratswahlen, bin ich trotz allen Schmerzen zur Urne gegangen.» Daß auch in anderen Kreisen eine sozialdemokratische Zeitung aufmerksam gelesen und geschätzt wird, beweist uns das Schreiben eines Landwirtes aus einer kleinen Gemeinde, der seit Jahrzehnten Abonnent des «Freien Aar-

gauers» ist und uns geschrieben hat, daß er sich als Bauer durch das Lesen der sozialdemokratischen Zeitung mit den Anliegen der Arbeiterschaft verbunden fühle und besonders gerne die Leitartikel und die guten Feuilletons und literarischen Beiträge lese. Auch das beweist, daß die Sozialdemokratische Partei, wenn sie offen für den Sozialismus eintritt, in anderen Kreisen der Bevölkerung nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen hat.

Wenn wir bedenken, daß es in den Kreisen der Sozialdemokratischen Partei relativ viele ältere Leute gibt, die eines Tages nicht mehr sein werden, dann drängt sich die Aufgabe auf, möglichst viele junge Leute für den Sozialismus zu gewinnen und zu begeistern.

Wir können im Aargau den Aufstieg der Sozialdemokratie, die heute von 200 Großratssitzen deren 66 innehat, nur fortsetzen, wenn sich recht viele an der persönlichen Aufklärungsarbeit beteiligen.

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Über der schweizerischen Innenpolitik liegt seit längerer Zeit ein schweres Unbehagen. Es kommt unter anderem zum Ausdruck bei eidgenössischen *Volksabstimmungen*. Wiederholt sind wichtige Vorlagen, die vom Bundesrat und von der Bundesversammlung ausgearbeitet und angenommen worden waren und denen die großen Parteien zugestimmt hatten, vom Volke verworfen worden. Dieses Schicksal erlitten am 3. März auch die Verfassungsartikel über den *Zivilschutz* und über das *Radio und Fernsehen*. Am negativen Ausgang derartiger Volksabstimmungen ist Bern nicht unschuldig. Man mißachtet nicht ungestraft den Volkswillen, wie das schon bei früheren Abstimmungen – wir erinnern nur an diejenige über die Preis- und Mieterschutzbestimmungen – der Fall gewesen war. Auch in der Frage des Zivilschutzes hatte man trotz der eindeutigen Verwerfung der seinerzeitigen Luftschutzvorlage versucht, den obligatorischen Zivilschutzdienst auf dem Verordnungswege einzuschmuggeln, und entgegen aller Warnungen erzwängte man die Aufnahme des Obligatoriums der Frauen für die Hauswehren in den Verfassungsartikel. Recht ungeschickt ging man auch bei der Vorlage für das Radio und Fernsehen vor. In den vorangegangenen Jahren hatte man über 26 Millionen Franken für das Fernsehen verausgabt, ohne daß dem